

Störende Schrittgeräusche

Seit Jahren muss der Heinrich-Böll-Platz in Köln saniert werden. Doch der ist ein Kunstwerk, unter dem sich zudem ein Konzertsaal befindet. Also geht es nicht voran

Bitte betreten oder befahren Sie nicht die innere Platzfläche! Unter diesem Platz befindet sich die Philharmonie. Tritt- und Rollgeräusche werden leider in den Saal übertragen, so dass Konzerte und Proben gestört werden. Vielen Dank für Ihr Verständnis! Dazu auf einigen Schildern ein Hinweis, unter welcher Telefonnummer man Karten für besagte Philharmonie erstehen kann. Statt drübergehen, druntersitzen, so könnte man die Aufforderung verstehen, doch das wird dem Ernst der Sache nicht gerecht.

Denn der Heinrich-Böll-Platz in Köln ist ein Kunstwerk, eine „international bekannte Rauminstallation“, wie es in einem Köln-Reiseführer heißt. Ma'alot heißt das Werk, das hebräische Wort für „Stufen“. Es ist ein frühes Beispiel von „ortsbezogener“ Kunst, heute auch Landart

genannt und befindet sich an einem historischen Ort. Bebaut ist der Platz seit der Römerzeit, wird dominiert vom mächtigen Kölner Dom und befindet sich in unmittelbarer Nähe des Rheins. Geschaffen hat es der israelische Künstler Dani Karavan, der es ein „Environment aus Granit, Gusseisen, Ziegelsteinen, Eisen und Schienen, Gras und Bäumen“ nennt. Mit dem Gras hat es nicht geklappt, und das ist Teil des Problems.

Scheitern am Urheberrecht

Das Gras soll in den mit Erde gefüllten Fugen zwischen den Ziegelsteinen wachsen. Vielleicht als Zeichen für neues Leben. Die Assoziationen, die sein Werk hervorruft, überlässt Dani Karavan den Betrachtern. Vermutlich hätte das Gras mit seinen Wurzeln auch das Pflaster fixiert, das nur von der Erde in den Fugen

zusammengehalten wird. Aber das Gras will nicht wachsen, zu viele Menschen sind auf dem Platz unterwegs, immer wieder lockern sich Ziegel und entwickeln sich „Stolpersteine“, wie eine Kölner Zeitung kürzlich schrieb.

Deshalb muss das Kunstwerk saniert werden, die Frage ist nur wie. Denn die Möglichkeiten sind begrenzt. Zum einen, weil sich zwischen der Betondecke der Philharmonie und dem Pflaster nur eine relativ dünne Tragschicht befindet, bedeckt von einer Gewebematte und dem Bettungsmaterial, auf dem die Ziegelsteine verlegt sind, erklärt Klaus Neuenhöfer vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik in Köln. Die Klinker, Granitplatten und Schienen auf einem trittschalldämmten Unterbau fachgerecht zu verlegen, ist nicht möglich. Eine solche Dämm-

schicht würde zu dick. Das ganze Kunstwerk geriete aus dem Lot. Zudem wäre das auch gar nicht erlaubt. Denn ein Kunstwerk unterliegt nach dem Urheberrechtsgesetz dem Veränderungsverbot, es sei denn, der Künstler stimmt den Veränderungen zu. Also hat die Stadt nach einem Kompromiss gesucht. Sie hat die Klinker probeweise mit verschiedenen Sorten Zement verfugt. Dann wurde alles mehrere Winter getestet, um festzustellen, ob die Klinker sich wieder lockern. Die Stadt war mit dem Ergebnis zufrieden, nicht aber der Künstler. In den Zementfugen gedeiht kein Gras, und Gras muss sein.

Dicke Klinker als Rettung?

Als dritte Alternative will es die Stadt nun mit dickeren Klinkern versuchen: acht Zentimeter statt bisher fünf Zentimeter. „Dann sind die Klinker besser eingebunden, und lockern sich nicht so leicht“, sagt Neuenhöfer, der seit 2006 mit dem Projekt betraut ist. Aber natürlich sind dickere Klinker schwerer. Also muss die Statik neu berechnet werden. Derzeit wartet Neuenhöfer auf das Ergebnis. Sollten die Statiker ihr Okay geben, könnte die Sanierung des Platzes Anfang 2014 beginnen. Etwa 700 000 Euro würde das kosten.

Das Bitte-nicht-Betretenschild wird dennoch bleiben. Schallschutz bietet der neue Belag nicht. Den könnte ein besser schallisoliertes Dach der Philharmonie bieten, aber das würde bis zu zehn Millionen kosten. Geld, das die Stadt nicht hat. Also werden auch weiterhin Wärter zu bestimmten Zeiten darüber wachen, dass niemand den musikalischen Genuss stört. Kostenpunkt: 100 000 Euro pro Jahr.



Der Klang in der Philharmonie muss weiterhin bewacht werden. Alle anderen Lösungen sind zu teuer.

Foto: dpa

Susanne Dohrn